



Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV
1070 Wien, Stiftgasse 8, Kontakt: oesolkom@gmx.at Web: <http://prosv.akis.at>

Nie wieder Faschismus

Nie wieder Krieg

Nie wieder Faschismus

Kundgebung

12. März 2018, 17.30 Uhr

Stock-im-Eisen-Platz, 1010 Wien

12. März 1938

Besetzung Österreichs durch Hitlerdeutschland

12. März 2018

Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg!

**Für ein neutrales, unabhängiges und
demokratisches Österreich!**

Es sprechen:

Franz Sieder, Kaplan, Betriebsseelsorger Amstetten, Pax Christi

Alfred Kohlbacher, Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen

Hubert Kramar, Künstler, Schauspieler

Robert Wurm, Vors. Zentralbetriebsrat ÖBB-Postbus, Gewerkschaft GPF/Vida

Susanne Scholl, freie Journalistin, Schriftstellerin, Omas gegen Rechts

Michael Fiala, Vors. Zentralbetriebsrat NÖGKK, Vors. Gewerkschaft GPA-djp NÖ

Marlene Streeruwitz, Schriftstellerin, Regisseurin

Wilfried Leisch, Österr. Solidaritätskomitee / proSV - pro Sozialversicherung

VertreterIn von GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg

Musikalische Unterstützung durch **Hans Wagner**, neuschneemusik.org

Veranstalter:

GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg: www.atomgenger.at / ggae@gmx.at

Österreichisches Solidaritätskomitee: <http://prosv.akis.at> / oesolkom@gmx.at

Nie wieder Krieg

1938 – 2018: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!

Der Weg zur Auslöschung Österreichs!

1918 Gründung der 1. Republik als Folge des I. Weltkrieges. Begründung des Sozialstaats.

Ab den 1920er Jahren Angriffe auf die sozialen Errungenschaften, konservative Parteien reden ganz offen vom „Wegräumen des revolutionären Schutts“.

1927 (Faschistische) Heimwehren bringen Arbeiter um (Schattendorf) und werden von der Justiz freigesprochen, blutige Niederschlagung von Massenprotesten, Justizpalastbrand.

1930er Jahre Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise in Österreich, Millionen Menschen in Arbeitslosigkeit und Elend.

1933 Ausschaltung des Parlaments und Abbau von sozialen Rechten, systematische Zerstörung der Demokratie durch Dollfuß (Austrofaschismus).

1934 Februar-Kämpfe mit mindestens 300 Toten – die austrofaschistische Regierung lässt das Heer auf die Arbeiter schießen, verbietet Arbeiterparteien und Gewerkschaften.

12. März 1938 Hitlers Einmarsch, Besetzung, Anschluss an Nazi-Deutschland und damit Auslöschung Österreichs – befördert durch den von Österreichs Eliten (Austrofaschisten) betriebenen politischen und wirtschaftlichen Ausverkauf.

1. September 1939 Beginn des II. Weltkriegs (Angriff Deutschlands auf Polen), Österreicher marschieren an der Seite des Nazi-Regimes mit.

1939 – 1945 II. Weltkrieg, etwa

70 Millionen Tote, davon rund 600.000 Tote Österreicher.

1945 Befreiung Österreichs vom Hitler-Faschismus, Gründung der 2. Republik!

1955 erhält Österreich den Staatsvertrag und verpflichtet sich zur immerwährenden Neutralität als Ergebnis der schmerzlichen Erfahrung der ÖsterreicherInnen aus zwei Weltkriegen:

- **nie wieder** einen Anschluss an Großmachtpolitik,
- **nie wieder** einen Anschluss oder eine Beteiligung an Kriegspolitik zuzulassen.

1960er bis 1970er Jahre Beginn des wirtschaftlichen Aufschwungs und Ausbau des Sozialstaates.

Ab den 1980er Jahren schleichender Abbau des Sozialstaates.

Ab den 1990er Jahren offener neoliberaler Kurs gegen die arbeitenden Menschen.

2000 bis 2007 Politik und Industrie probieren es auch mit der Koalition aus Schwarz-Blau/Braun.

Seit 2007 Die Gewerkschafts- und SP-Führung setzen dem seither wenig entgegen und machen sich dadurch sogar zu neoliberalen Handlangern.

Und heute: Neautoritäre Politik im Demokratiegewand

2018 Die neoliberale Politik der letzten Jahre, besonders mit der jetzigen FPÖVP-Regierung, in der ganz offen die in der Nazi-Tradition stehenden deutsch-nationalen Burschenschaftler und die in der Tradition der Austrofaschisten stehenden CV-ler und „Bauernvertreter“ den Ton ange-

ben, hat massiven Sozialabbau im Namen von „Neue Gerechtigkeit“ im Auftrag und im Interesse der Industrie auf ihre Fahnen geschrieben.

Die Hetze, erst gegen Flüchtlinge und Ausländer, nun verstärkt gegen Arbeitslose, Notstands- und Mindestsicherungsbezieher usw. soll die Menschen gegeneinander ausspielen, Neid, Angst und Schrecken verbreiten und so weichklopfen, damit sie noch mehr Opfer, Gewalt und letztlich Krieg hinnehmen.

Zweck ist, von der weiteren Ausplünderung der Masse der ÖsterreicherInnen und der noch größeren Bereicherung der da oben, der 1% Superreichen, Konzernherren, Banken, Versicherungen abzulenken.

82% des Steueraufkommens (Lohnsteuer, indirekte Steuern, Massensteuern) zahlt die Masse der ÖsterreicherInnen. Die Konzerne mit ihren Milliarden Gewinnen hingegen hinterziehen ganz legal Steuern. Siemens, Google, Amazon und Co zahlen oft kaum Steuern. 1% der Bevölkerung, die Superreichen in Österreich, verfügen mit ca. 500 Milliarden Euro über gleich viel Vermögen wie die unteren 80% der Bevölkerung. Wir können uns die Reichen nicht mehr leisten!

2018: Heute sehen wir einen gewaltigen wirtschaftlichen Ausverkauf Österreichs vor allem an Deutschland (= erneuter Anschluss).

Dazu kommt auch zunehmend die eklatante Verletzung und Aushöhlung unserer Neutralität! Wir werden praktisch immer mehr in die Militarisierungs- und Kriegspläne von USA/NATO / EU hineingezogen. Kriege werden heute unter dem Vorwand von Menschenrechten, Sicherung des Friedens, Bekämpfung von Terroristen, Schutz westlicher Werte usw. geführt.

Die Großmacht Deutschland, die weltweit viertgrößte Wirtschaftsmacht, will nun entsprechend ihrer Wirtschaftsgröße ihre Interessen auch militärisch direkt oder mit der NATO oder der EU durchsetzen.

Die Herrschenden in Österreich sind (schon wieder einmal) willfährige Handlanger Deutschlands: Unter Verletzung des Staatsvertrags und der Neutralität haben sie militärisch den Anschluss an das sogenannte Kerneuropa unterschrieben, die SSZ = die „Strukturierte Strategische Zusammenarbeit“ der EU.

Das bedeutet die aktive Teilnahme an den EU-Kriegsplänen, etwa Auslandseinsätze des Bundesheeres, militärische Kooperation, Mitfinanzierung von Militärinterventionen und Rüstungsprojekten, Steigerung des Rüstungsbudget etc.

Das ist alles völlig unvereinbar mit unserer Neutralität. Als Vorwand dieses Ausbaus des EU-Militärapparates und der Ausweitung der EU-Kriegspläne dient den Herrschenden die Hetze gegen und die Angstmacherei vor Flüchtlingen, Islam, Terrorismus.

Die nunmehrige autoritäre FPÖVP Regierung macht noch hemmungsloser und umfassender Politik fürs Kapital und gegen das Volk:

- zum Beispiel ist ja die neue Regierung auch gleich bei CETA umgefallen und hat es unterschrieben
- ihre zum Teil schon beschlossenen, zum Teil erst geplanten Maßnahmen, wie:
 - 12-Stunden Arbeitstag,
 - 60-Stunden Arbeitswoche
 - Kürzung des Arbeitslosengeldes
 - Abschaffung der Notstandshilfe
 - Kürzung der Mindestsicherung
 - Schwächung der AK
 - Abschaffen des Kollektivvertrags
 - Abschaffung der Jugendvertrauensräte
 - Reduktion der Betriebsräte

- „Sparen“ bei den Pensionen und im Gesundheitswesen
- die Pläne, die Sozialversicherung zu zerschlagen, damit Unternehmer Milliarden Euro mit privater Medizin machen können, usw.

All das bedeutet eine massive Verschlechterung der Existenzbedingungen der Masse der ÖsterreicherInnen.

Hinzu kommt ein immer stärkerer Angriff auf die Medien, die Meinungsfreiheit, auf die Justiz, auf Unternehmen der Republik durch Umfärbungen zum Zwecke der reinen Postenbeschaffung für Parteigänger – insgesamt ein immer stärkerer Demokratieabbau!

Die Regierung forciert den weiteren Ausbau des Überwachungs- und Polizeistaates wie es heißt zum Schutz vor Flüchtlingen und Terror.

Nach der neuen Sicherheitsdoktrin Österreichs soll es zu noch engerer Zusammenarbeit von Heer und Polizei kommen, ausdrücklich auch, um die Sicherheit im Land zu erhöhen. Eine Militarisierung also nicht nur nach außen, sondern auch nach innen. Und die Blauen sitzen in allen Sicherheitsministerien, das sind Justiz, Heeres- und Innenministerium und zudem unterstehen ihnen alle Geheimdienste.

2018 Heißt dies, dass 85 Jahre nach der Ausschaltung des Parlaments in Österreich, 84 Jahre nach dem Februar 1934 (bewaffnete, militärische Niederschlagung der Widerstand leistenden Arbeiter, Verbot von Gewerkschaften und Parteien) sich der Staat also wieder darauf vorbereitet, Widerstand gegen seine Politik auch mit Gewalt zu unterdrücken?

2018 begeht Österreich im November den 100. Jahrestag der Gründung der 1. Republik als Folge der massenhaften Ablehnung von Monarchie, Unterdrückung und I. Weltkrieg, als Folge der Revolution in Europa im Zuge dessen auch in Österreich durch eine kämpferische Arbeiter- und Arbeiterinnenbewegung jene sozialen Gesetze und Fortschritte begonnen

wurden, die bis heute noch wirken – und gerade deshalb von den Neoliberalen, durch Industriellenvereinigung und ihrer FPÖVP-Regierung, abgeschafft werden sollen.

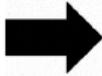
2018 begeht Österreich den 63. Jahrestag der Erklärung seiner Neutralität. Die immerwährende Neutralität wurde erklärt als Folge von zwei verheerenden Weltkriegen und dem Wunsch der österreichischen Bevölkerung, nicht mehr an Deutschland und/oder an Großmächte angeschlossen zu werden, nicht mehr mitzumarschieren, nicht mehr für Großmachtinteressen in Kriege gezwungen zu werden. **90% der ÖsterreicherInnen sind für die Neutralität.**

**Nie wieder
Faschismus, nie
wieder Krieg!**

**Für ein neutrales,
unabhängiges und
demokratisches
Österreich!**

*

Bitte helft mit:

 **Treffen** zur Vorbereitung der Kundgebung
8. März 2018, 19.00
1070 Wien Stiftgasse 8,
Amerlinghaus
Großer Saal (Erdgeschoß)

 **Vorankündigung:**
Demonstration
17. März 2018, 14.00 Uhr
Karlsplatz, Wien
anlässlich des
Internationalen Tages gegen
Rassismus und Faschismus.

Das war die



An die 70.000 Menschen demonstrierten trotz kaltem Wetter bei Nieselregen gegen die Schwarz-Türkis – Braun-Blaue Regierung.

Wir haben uns mit einer Flugblatt-Verteilaktion gegen den geplanten Abbau des Sozialstaates und der Demokratie daran beteiligt.

Die Demonstration war ein guter Anfang, setzte ein ganz wichtiges Zeichen der Ermutigung und des Widerstandes! Das gilt umso mehr und ist umso wichtiger als weder die Gewerkschaften, noch die Oppositions-SPÖ, noch die AK zur Demonstration aufgerufen und schon gar nicht diese mitorganisiert hatten. Ein Armutszeugnis für die Spitzen von ÖGB, AK und SPÖ! Worauf warten diese Herren?

Hier ein paar Eindrücke von der Demonstration:



Vom Faschismus:

Das Ungeheuerliche kommt im Sonntagsanzug daher, sitzt im Parlament, wirbt lächelnd um unsere Gunst, verspricht uns neues Leben, Fortschritt, Zukunft – umarmt uns, dass uns der Atem wegbleibt – Unser Protest gibt uns das Leben zurück – zum Widerstand – das Ungeheuerliche zu überwinden!

Verse eines Mitstreiters

Der Sozialstaat wurde erkämpft!

Hände weg



von

**Arbeitslosengeld
Arbeiterkammer
Kollektivvertrag
Sozialversicherung**

Hände weg

von den Menschenrechten!

Gegen Überwachungsstaat,

Sozial- und Demokratieabbau!

Treffen:

21. Feber 2018, 19.00 Uhr

zur Planung weiterer gemeinsamer Aktivitäten
Amerlinghaus, 1070 Wien, Stiftgasse 8
„Tee-stube“, 1. Stock

*

Kundgebung

12. März 2018, 17.00 Uhr
Stock-im-Eisen-Platz, 1010 Wien

*12. März 1938 – Besetzung Österreichs durch Hitlerdeutschland
12. März 2018 – Nie wieder Faschismus – Nie Wieder Krieg!
Für die Unabhängigkeit und Neutralität Österreichs!*

**Solidarität unsere Stärke,
Widerstand unsere Chance!**

Impressum / Kontakt: Stiftgasse 8, 1070 Wien * GGAE, GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und
Krieg, ggae@gmx.at * proSV – Keine Zerschlagung der Sozialversicherung / proSV.at * OSK,
Österreichisches Sozialratikalkomitee / osokom@gmx.at * <http://proSV.at> * www.atomegen.at

Die Regierung will die AK schwächen!

Wie? Durch Reduktion des AK-Beitrages oder Aufhebung der gesetzlichen Vertretung der ArbeitnehmerInnen (Pflichtmitgliedschaft). Das bedeutet weniger Hilfe und Rechtsschutz für die AK-Mitglieder und Lohnraub durch drohendes Ende des Kollektivvertrages. Dagegen muss die AK ihre Mitglieder mobilisieren – jetzt!

Wo bleibt die Antwort, die aktive Zurückweisung der Angriffe der Regierung durch SPÖ, ÖGB und AK?

Stillhalten ist die falsche Antwort!

Nicht warten bis die Grauslichkeiten und Verschlechterungen der Regierung Gesetz sind!

Ganz konkret und als einen ersten Schritt:

- **soll die AK ihre 3,5 Millionen Mitglieder kontaktieren** und sie auf öffentlichen Veranstaltungen offensiv informieren und einbeziehen, was eine **Kürzung des AK-Beitrages** (z.B. für Rechtsschutz, Konsumentenschutz) bedeutet, was eine **Aufhebung der Pflichtmitgliedschaft** für ArbeitnehmerInnen und für Kollektivverträge bedeutet: **Lohnraub und Zukunftsraub!**
- **soll die AK eine Mitgliederbefragung machen – jetzt!**
Denn 2019 – bis zur nächsten AK-Wahl, kann es schon zu spät sein, weil die Regierung bis dahin noch arbeiterfeindlichere Gesetze beschließt!
- **Warum AK und Kollektivvertrag so wichtig sind:** siehe Tabelle:

Warum Arbeiterkammer und Kollektivvertrag so wichtig sind!

Wie hoch ist der AK-Beitrag? <ul style="list-style-type: none">- 0,5 % des Bruttoeinkommens- durchschnittlich ca.7 Euro/Monat- 816.000 Menschen zahlen 0 Euro, weil z.B. arbeitslos oder in Karenz	AK und Kollektivvertrag <ul style="list-style-type: none">- im Auftrag der AK verhandeln die Gewerkschaften Kollektivverträge- der Kollektivvertrags-Partner ist die Wirtschaftskammer- Was haben Arbeiter und Angestellte von der Pflichtmitgliedschaft der Unternehmen in der Wirtschaftskammer? <p><u>Unternehmen können nicht aus der Wirtschaftskammer austreten und müssen den Kollektivvertrag ihrer Branche anwenden.</u> Deshalb ist die Industriellenvereinigung gegen die Pflichtmitgliedschaft.</p>	Vorteile des Kollektivvertrages <p>In Österreich sind 98 % der Beschäftigten durch Kollektivverträge erfasst. In Deutschland z.B. nur 53%. Die Folge: Lohndumping!</p>
Was macht die AK mit den Mitgliedsbeiträgen? <ul style="list-style-type: none">- 2 Millionen Beratungen/Jahr- 532 Millionen Euro für Mitglieder erstritten- 40 Millionen Euro vom Finanzamt zurückgeholt- 4,6 Millionen Euro Bildungsgutscheine		Die AK vertritt <ul style="list-style-type: none">- 3,7 Millionen unselbständig Beschäftigte
		Der AK-Konsumentenschutz kommt allen zugute, besonders jenen, die wenig Geld zum Leben haben – so auch den 2,3 Millionen Pensionisten

Kopiert und verbreitet bitte diese wichtige Information! Anfragen an: oesolkom@gmx.at

Liebe Genossinnen und Genossen!

Ludwig oder Schieder? Schieder oder Ludwig?

Ist das die Frage?

Die Frage ist:

Wohin geht unsere Gesellschaft in Zukunft?

Wohin geht unsere Stadt in Zukunft?

Wohin geht die SPÖ in Zukunft?

Das Programm der autoritären FPÖVP-Regierung ist ein Rückschritt,
das bedeutet noch mehr:

- Schutz und Förderung der Reichen und Konzerne
- Hetze gegen Arbeitslose, Mindestsicherungsbezieher, Flüchtlinge, Linke, Wien
- Sozial- und Demokratieabbau für die Mehrheit der Menschen
- Angriff auf Arbeitszeitregelung, Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Mindestsicherung, Pensionen
- Angriff auf AK, Kollektivverträge, Sozialversicherung

Lassen wir uns nicht weiter einschüchtern und abdrängen!

Selbstkritisch muss man sagen, auch SPÖ-Spitzen haben sich in der Vergangenheit von ÖVP und FPÖ, vom Kapital, nach rechts drängen lassen und dabei oft die wirklichen Anliegen und Sorgen der Menschen aus den Augen verloren. Doch u n s e r einzig wirkliches K a p i t a l sind die arbeitenden Menschen, dort liegt unsere Stärke!

Wer sind die „Durchschummler“ und „Sozialschmarotzer“, wer zahlt keine Steuern? Nicht die arbeitenden Menschen, sondern die Spekulanten und Konzerne.

Wir alle zahlen Steuern! Die unteren Einkommensschichten zahlen durch die Massensteuern (z.B. Mehrwert-, Mineralöl- oder Tabaksteuer) im Verhältnis zu ihrem Einkommen deutlich mehr als die Reichen.

Die Reichen wehren sich gegen Vermögens- und Erbschaftssteuer – und müssen keine zahlen. Bei den Arbeitenden soll, wenn sie arbeitslos gemacht oder in die Mindestsicherung getrieben werden, auf ihr „Vermögen“, das letzte Ersparnis, zugegriffen werden. Lassen wir uns das nicht länger gefallen, gehen wir in die Offensive.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Worauf warten wir? Das Zuwarten muss ein Ende haben. Es kam nur schlechter werden, wenn wir weiter zusehen. Daher:

- Soziales Wohnen sichern – jetzt!
- Arbeitseinkommen sichern – jetzt!
- Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Mindestsicherung sichern – jetzt!
- Kollektivvertrag sichern – jetzt!
- AK sichern – jetzt!
- Sozialversicherung sichern – jetzt!
- AMS sichern – jetzt!

Klare Aussagen, klare Worte, klare Ansagen und Taten gegen die Angriffe der autoritären FPÖVP-Regierung – jetzt!

Nicht warten bis die Grauslichkeiten und Verschlechterungen der Regierung Gesetz sind! Die arbeitenden Menschen müssen wieder das Sagen haben in Partei, Wirtschaft und Gesellschaft! Nur wenn wir uns auf die Genossinnen und Genossen, auf die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben, in der Sozialversicherung, in der AK, im AMS, in den Gewerkschaften stützen, haben wir eine Chance!

Ganz konkret und als einen ersten Schritt: **Fordern wir und helfen wir alle mit,**

- **dass die AK ihre 3,5 Millionen Mitglieder kontaktiert und sie auf öffentlichen Veranstaltungen offensiv informiert und einbezieht, was eine Kürzung des AK-Betrages bedeutet, was eine Aufhebung der Pflichtmitgliedschaft für ArbeitnehmerInnen und für Kollektivverträge bedeutet: Lohnraub und Zukunftsraub!**
 - in den AK-Zentralen und Bezirksstellen
 - mit Hilfe von SPÖ, BetriebsrätInnen, Gewerkschaften, in den Bezirks- und Regionalstellen von ÖGB und Einzelgewerkschaften – zugänglich für alle arbeitenden Menschen
- **dass die AK eine Mitgliederbefragung macht – jetzt!**
Denn 2019 – bis zur nächsten AK-Wahl, kann es schon zu spät sein, weil die Regierung bis dahin noch arbeiterfeindlichere Gesetze beschließt!
- Ein erster Schritt war der SPÖ-Aktionstag „Arbeit ist Würde“ vor den AMS

Erhaltung und Ausbau von Sozialstaat, Demokratie und Neutralität!

Nein zu Sozialabbau, Überwachung, Unterdrückung und Krieg!

Solidarität ist unsere Stärke, Widerstand unsere Chance!

Freundschaft! Glück Auf!

Wilfried Leisch, ÖSK / proSV – keine Zerschlagung der Sozialversicherung, Stiflgasse 8, 1070 Wien
leischkom@gmx.at

„Kassen-Zusammenlegung“? Wie Schwarz-Blau unser Gesundheitssystem den Konzernen ausliefern will

Die Regierung plant die Zusammenlegung von Sozialversicherungen – angeblich, um Geld zu sparen. Tatsächlich ist das nur ein Vorwand. In Wirklichkeit geht es um politische Kontrolle und Profite.

Immer wieder heißt es, die schwarz-blaue Regierung wolle „die Kassen zusammenlegen“. Das klingt erstmal reichlich technisch und nach einer sinnvollen Vereinfachung eines komplizierten Systems. Aber was bedeutet das eigentlich? Konkret will Schwarz-Blau die neun Gebietskrankenkassen (GKK) zu einer „Bundeskrankenkasse“ (ÖKK) vereinigen.

Weiters sollen die *Kassen von Selbstständigen* (SVA) und Bauern (SVB) in einer Kasse vereint und die 16 *Krankenfürsorgeanstalten* (KFA) der Länder und Gemeinden mit der *Beamtenversicherung* (BVA) zusammengeführt werden. Ebenso wird die Auflösung und anschließende Eingliederung der *Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt* (AUVA) in die GKK diskutiert.

Sparen ist nur ein Vorwand

Laut Regierungsprogramm sollen damit „Verwaltungskosten gesenkt sowie Einsparungs- und Optimierungspotenziale gehoben“ werden. Dazu muss man wissen, dass die Verwaltungskosten der Sozialversicherung 2016 bei nur 2 Prozent der Ausgaben lagen (1,21 Milliarden Euro für Verwaltungsaufwand bei 60,12 Milliarden Euro Gesamtaufwand). Im Verhältnis sinken die Verwaltungskosten seit Jahren. Im Jahr 1995 lagen sie noch bei 2,9 Prozent. Kein privater Versicherungsanbieter kann da mithalten. Privatversicherer haben Verwaltungskosten von mindestens 15 bis 30 Prozent, also das Zehnfache.

Umfärbung ist das Mittel...

Bei der Sozialversicherung geht es der Regierung nicht ums „Sparen“, sondern um politischen Einfluss. Schwarz-Blau II führt damit weiter,

was Schwarz-Blau I von 2000 bis 2006 begonnen hat: Damals färbte die Regierung die Führung des Hauptverbands der Sozialversicherungsträger von „rot“ auf „schwarz“ um. Das hat damit zu tun, dass die überwältigende Mehrheit der Sozialversicherungsgelder – rund 90 Prozent – aus den Beiträgen der ArbeiterInnen und Angestellten stammen. Deshalb wurde die Sozialversicherung von deren VertreterInnen – also Arbeiterkammern, Gewerkschaften und BetriebsrätInnen – verwaltet. Diese „Selbstverwaltung“ wurde 2003 von der ersten schwarz-blauen Regierung eingeschränkt, seither leitet die (ÖVP-dominierte) Wirtschaftskammer den Hauptverband.

Jetzt will die neue schwarz-blaue Regierung den Einfluss der Arbeiter- und Angestellten-VertreterInnen weiter zurückdrängen. In Zukunft soll ein Drittel der VertreterInnen von der Bundesregierung in die Kassen entsandt werden. So will sich vor allem die FPÖ neue Posten und die ÖVP noch mehr Einfluss auf die Gelder der Sozialversicherten, der Arbeitenden, verschaffen. „Selbstverwaltung“ ist das dann keine mehr.

...Umleitung der Gelder ist der Zweck

Wer das Sagen in der Sozialversicherung hat, bestimmt über die Gelder, über Art und Umfang der Leistungen. Ziel der Schwarz-Blauen ist es, den größten Non-Profit-Bereich Österreichs, die (noch) nicht auf Gewinnerzielung orientierte Sozialversicherung, in profitorientierte, private Hände umzuleiten. Dabei geht es um nicht weniger als 60 Milliarden Euro pro Jahr. Der Gesundheitsbereich, so stellen „GesundheitsökonomInnen“ und Wirtschaftskammer unermüdlich fest, ist ein großer und schnell wachsender „Zukunftsmarkt“. Deshalb wollen die privaten Versicherungen und Gesundheitskonzerne an die Milliarden der Versicherten.

Was die Schwarz-Blauen mit der Sozialversicherung vorhaben, hat schon im Frühjahr 2017 ein Vertreter der Wirtschaftskammer im Hauptverband der Sozialversicherungsträger skizziert: Die Sozialversicherung habe 154 eigene Einrichtungen (Kurheime, Reha-Zentren, Ambulanzen) – und die seien „zu teuer“. Privatgeführte Anstalten wären im Vergleich „billiger“. Man überlege den Verkauf, die Verpachtung oder die Ausgliederung dieser Einrichtungen. Ähnliche Modelle seien auch für die AUVA, welche Unfallspitäler und Reha-Zentren betreibt, angedacht.

Unternehmen entlasten, Versicherte müssen zahlen

Die jährlichen Unternehmerbeiträge zur AUVA sollen von derzeit 1,3 Prozent (das entspricht aktuell ca. 1,5 Milliarden Euro) auf 0,8 Prozent gesenkt werden. Bei einer Eingliederung der AUVA in die paritätisch finanzierten Krankenkassen würde die Unternehmensseite einen Teil dieser Beiträge sparen und diesen auf die sozialversicherten ArbeiterInnen und Angestellten abwälzen.

Zudem ist angedacht, in Zukunft die Einhebung der Sozialversicherungsbeiträge nicht mehr durch die Krankenkassen, sondern durch das Finanzministerium überprüfen zu lassen. Während die Krankenkassen auch prüfen, ob die Einstufung des Beschäftigten richtig ist, interessiert dies das Finanzamt nicht. Das kann zu Einnahmeausfällen für die Krankenkassen führen. Um welche Dimensionen es hierbei geht, kann man am Beispiel der Gebietskrankenkasse sehen: In den vergangenen zehn Jahren haben nach Angaben der Obfrau der Gebietskrankenkassen Ingrid Reischl die Prüfer aller österreichischen Gebietskrankenkassen Nachträge in Höhe von 2,3 Milliarden Euro eingebracht, das Finanzamt kam im gleichen Zeitraum auf nur 1,5 Milliarden. (vgl. Die

Presse vom 8. Februar 2018). Das würde auch die derzeitigen rund eine Milliarde Euro hohen Schulden der Unternehmen bei den Krankenkassen zum Schaden der Versicherten reduzieren. Es ist wohl auch kein Zufall, dass der neue Finanzminister vom großen privaten Versicherungskonzern UNIQA kommt.

Privatisierung ist das Ziel

Da bei den Verwaltungskosten der Sozialversicherung nicht wirklich gespart werden kann (die sind, siehe oben, bereits sehr gering), könnten Einsparungen nur beim Personal oder durch mehr Selbstbehalte bzw. Leistungskürzungen bei den Sozialversicherten geholt werden. Das bedeutet: weniger Beschäftigte und/oder geringere Entlohnung. Das wäre möglich, wenn die Beschäftigten dann privat angestellt wären.

Und natürlich gibt es Potenzial bei wohlhabenden Patienten, die – mit privaten Zusatzversicherungen ausgestattet – dann verstärkt von den

Krankenhäusern aufgenommen werden könnten.

Das ginge auf Kosten der Allgemeinpatienten, die als Sozialversicherte die von den Privatversicherern begehrten Einrichtungen (vor)finanziert haben. Davon träumen die Wirtschaftskammer-, „Sparmeister“. Sie lobbyieren für private Konzerne wie Vamed oder die Vinzenz-Gruppe. Die Betreiber von Privatspitälern könnten sich die besten Happen aussuchen – in so einem von Wirtschaftskammer und Industrie angedachten, jetzt von Schwarz-Blau vorangetriebenen „reformierten“ System.

Schwarz-Blau Hilfe für Gesundheitskonzerne

Privatspitäler wie Humanomed oder PremiQuamed (eine Tochter der privaten UNIQA-Versicherung) denken auch an privaten Medizintourismus aus dem Ausland und hoffen in Österreich auf einen Markt von einer Viertelmilliarde Euro jährlich.

Weil das (Privat-)Kapital in Österreich traditionell schwach ist, ver-

sucht es, durch die Regierung die Institutionen der ArbeiterInnen und Angestellten, also Gewerkschaften und Arbeiterkammer, zurückzudrängen. Die gesetzliche Gesundheits-, Unfall- und Pensionsvorsorge soll zuerst im Namen des „Sparens“ ausgehöhlt und zentralisiert werden. Im Notfall auch gegen die Einzelinteressen von Bundesländern oder ÄrztInnen.

Wenn dem nichts entgegengesetzt wird, steht am Ende die Öffnung für private Anbieter. Das bedeutet nichts anderes, als dass unser Gesundheitssystem an international agierende Gesundheits- und Versicherungskonzerne ausgeliefert wird. Die Folge: noch mehr Profite für private Gesundheitskonzerne, noch mehr Selbstbehalte und weniger Leistungen für niedrige Einkommensschichten.

*(W. Leisch / proSV;
zuvor schon erschienen im „Mosaik-Blog“ und in „express – Zeitung für sozialistischer Betriebs- und Gewerkschaftspolitik)*

*

LESERBRIEF zur Sozialversicherung

... Umleitung der Gelder ist der Zweck

„Ziel der Schwarz-Blauen ist es, den größten Non-Profit-Bereich Österreichs, die (noch) nicht auf Gewinnerzielung orientierte Sozialversicherung, in profitorientierte, private Hände umzuleiten.“ (Zitat W. Leisch, <https://mosaik-blog.at/kassen-zusammenlegung-sozialversich.../>)

„Eine sehr bedeutsame Rolle in diesem Privatisierungs-Unterfangen, spielt das US-Amerikanische Beratungsunternehmen Mercer, mit Niederlassung in Österreich. Mercer ist Veranstalter diverser "Fachtagungen" zuletzt die Fachtagung in der TU Wien: „Demografischer Wandel – eine Arbeitswelt auch für Menschen ab 50“.

Mercer ist "Berater" von österreichischen Regierungsstellen und arbeitet mit den neoliberalen Meinungsfabriken Hayek-Institut und der Agenda-Austria zusammen.

Mercer mischt bei US Health Care Fragen mit, ist Berater der Trump-Regierung für den Ausstieg aus „Obama Care“ dem Gesundheitsprogramm der Regierung Obama, Mercer berät Pensionskassen bei weltweiten Anlagestrategien. Mercer hilft bei grenzüberschreitenden Fusionen und Akquisitionen, um Renditen schneller durch die Lösung komplexer kultureller, operativer und regulatorischer Fragen zu generieren. Mercer gehört zum Marsh & McLennan Versicherungs- und Finanzdienstleister Konglomerat, dessen Geschäftszweig es ist, für Unternehmen neue Chancen zu identifizieren, indem sie das gesamte Spektrum an Risiken ansprechen, um so Kapitalströme zu Schwellenländern und Krisenzonen zu erleichtern, Investitionsbarrieren zu überwinden und Investoren zeigt, wie sie sich vor politischen Umwälzungen, Gewalt und Terror schützen können. Im Jahr 2016 machte Marsh & McLennan 3,8 Mrd. Gewinn. Chef der Firma ist Mr. David Glaser, er verdiente ab 2010 jährlich 10 Mio. \$, dann jedes Jahr 1 Mio. \$ Gehaltserhöhung, derzeitiges Jahresgehalt 16 Mio. \$. Zusätzlich zu seinem Gehalt verkaufte Glaser 2016 für rund 50 Mio. \$ Aktienoptionen, die er als Bonus von Marsh & McLennan erhielt.

Dies alles nur, um zu zeigen, wohin sich die Begehrlichkeiten des internationalen Finanzkapitals richten und wo Profite abgeschöpft werden sollen, die nur aus (Pflicht) Beiträgen der arbeitenden Menschen entstehen. So wird auch klar, warum ein Sozialversicherungssystem wie wir es heute haben, immer besser abschneiden muss, als ein System über private Versicherungen. Allein schon die Super Gehälter der Vorstandsdirektoren, die erst erwirtschaftet werden müssen, dazu noch die Profite, die als Dividenden an die Eigentümer = Spekulanten ausgeschüttet werden.“ **HF, Wien**

LESERBRIEF

So schafft man Arbeitslose

„Wir sollten uns auch die Leihfirmen, die zusätzlich zur Arbeitgeberförderung auch noch Praktika anbieten, ansehen. Jüngstes Beispiel: ich wurde von Job Trans-Fair zu einer Bewachungsfirma geschickt. Die sandte mich zu einem großen amerikanischen Snackerhersteller (1. Woche war gleich Praktikum) wo ich nebst Portier- und Empfangstätigkeit, Rundgängen auch Maschinenstörungen beheben sollte. Als ich kundtat, dass ich mir Maschinenstörungen beheben nicht zutraue und auch die hohe Leiter, wo man noch oben einen Freiraum überwinden muss, etwas zu sportlich ist, war die Überlassung beendet. Ein Kollege, der Portier-Nachtdienst verrichtet und auch Maschinenstörungen behebt, sagte mir, der Stundenlohn sei 8,67 brutto. Privat hörte ich die Meinung, dass man bewusst Leute aussucht, von denen man annimmt, bestimmte Sachen nicht zu können, um so noch billigere Auslandskräfte zu bekommen.“ **MMS, Wien**

Warnstreiks in der Sozialwirtschaft

100.000 Beschäftigte arbeiten im privaten Gesundheits- und Sozialbereich.

Weil es nach 15 Verhandlungsrunden kein Ergebnis gab, fanden am 15. und 16. Februar 2018 in der österreichischen Sozialwirtschaft Warnstreiks statt. In rund 140 Einrichtungen in ganz Österreich waren über 40.000 Beschäftigte an den Aktionen beteiligt.

Zuvor fand eine BetriebsrätInnenkonferenz mit 500 TeilnehmerInnen statt, auf der Vorsitzender Wolfgang Katzian von der Gewerkschaft GPA-djp erklärte: „Es ist dringend an der Zeit, neben einer realen Erhöhung der

Einkommen auch die Normalarbeitszeit in der Branche auf 35 Stunden zu verkürzen und der Realität anzupassen. Die Beschäftigten brauchen mehr Zeit zur Erholung und Regeneration. Eine Reduktion der Arbeitszeit darf jedoch nicht zu einer Verdichtung der Arbeit führen. Der Arbeitsdruck ist schon jetzt enorm hoch. Daher ist neben einem vollen Lohnausgleich auch ein voller Personalausgleich sehr wichtig.“

Und Willibald Steinkellner, stv. Vorsitzender der Gewerkschaft vda: „Es kann nicht sein, dass die Kolleginnen und Kollegen in den Berufen des GuKG (Gesundheits-

und Krankenpflegegesetz) immer neue Tätigkeiten und mehr Verantwortung übernehmen müssen, sich das aber nicht in der Bezahlung niederschlägt!“



Die Regierung will weniger Betriebsräte und die JugendvertrauensrätInnen abschaffen



Die Regierung will den Reichen, z.B. den Konzernen und den Großbauern unter dem Titel „Leistungsträger“, noch mehr geben. Dafür raubt sie durch die Politik ihrer „neuen Gerechtigkeit“ den durch die Konzerne arm gemachten Menschen, den Arbeitslosen,

den Notstands- und Mindestsicherungs-beziehern, die sie als „Leistungsschwache“ abstempelt, die Lebensgrundlage und die Zukunft. Daher **will diese neo-autoritäre Regierung keinen Widerstand aufkommen lassen**, und im ersten Schritt den jungen Menschen ihre Vertretung rauben – die JugendvertrauensrätInnen! Und in einem zweiten Schritt will sie Arbeiter- und Angestelltenbetriebsräte zusammenlegen, das heißt die Belegschaftsvertretungen verkleinern.

Das ist doppelt- und dreifache Entsolidarisierung und Schwächung der arbeitenden Menschen und ihrer Vertretungen zur Erhalt der Konzern- und Politmacht.

Hallo, AK und ÖGB! Aufwachen! Jetzt!

*

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken für die Zusendungen und Spenden auf die wir in Sinne unserer gemeinsamen Arbeit auch in Zukunft angewiesen sind, da wir uns ausschließlich aus den Spenden unserer LeserInnen und AktivistInnen finanzieren.

Mit kollegialen Grüßen, Das ÖSK-Team

Spenden-Konto

Einzahlungen mit beiliegendem Zahlschein oder per Überweisung

EmpfängerIn: ÖSK, **Verwendungszweck:** Spende

IBAN: AT85 6000 0101 1022 7626

BIC: BAWAATWW

Kostenexplosion bei Pensionen?

Zur Erinnerung und gegen die FPÖVP-Angstmacher-Hetze wegen der „nicht leistbaren“ Pensionen:



Zweck, die Privatversicherer ins Geschäft zu bringen.

(Quelle: EU-Kommission, Ageing Report 2015, Grafik: A&W Blog)

Ministerdiktat

Bundesministeriengesetz: Neu im Gesetz ist ein mächtiger Generalsekretär, den die Minister ernennen können. Ein Generalsekretär ist künftig kraft Gesetz der „unmittelbare Vorgesetzte aller Sektionsleiter im Bundesministerium sowie Vorgesetzter aller dem Bundesministerium nachgeordneter Dienststellen“ – wobei auf ihn, wie in den Erläuterungen steht, das Ausschreibungsgesetz nicht anwendbar ist. Und er ist auf Antrag in ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis aufzunehmen. Jeder Willkür ist also Tür und Tor geöffnet.

Parteidiktat

Strache und der Wolf. Bekanntlich hat Vizekanzler H.C. den ORF-Wolf der Lüge bezichtigt. Der Wolf klagt. Angeblich war das Ganze ein Faschingsscherz. Das Posting von H.C. Wie immer. In Wirklichkeit ist das aber höchst bedenklich und bezeichnend. Die neuen Vize-Regierungs-Machthaber setzen zum offenen Angriff auf öffentliche Medien an. Und der Regierungschef schweigt – heißt also die Angriffe für gut.

Meinungsdiktat

Der Bundespressedienst wird abgeschafft. Schon bisher nicht gerade der Hort der Transparenz, aber immerhin. Und nun? Stattdessen spricht Mister „Blaublut“ als FPÖVP-Regierungssprecher für Schwarz-Blau. Mister „Blaublut“? Ach, ja: Peter Launsky-Tieffenthal. Nach Eigenaussage von Thomas Klestil's Gnaden. Denn, so der Regierungssprecher sinngemäß: Klestil (Bundespräsident von 1992-2004) hätte sicher dieser neuen ÖVP-FPÖ-Regierung zugestimmt. Na, dann Prost! Mister „Blaublut“ sagt jetzt, was die Medien, die Öffentlichkeit, die Bürger gefälligst von der Regierung zu halten haben sollen. Endlich: Eine Regierung, ein Sprecher, eine Meinung. Kein Herumrätseln mehr, kein unnötiges Denken. Am besten: gar nicht denken!

Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

1981 haben 10.000 Menschen aus der ganzen Region Judenburg in der Steiermark für die Erhaltung des Stahlstandortes demonstriert und so ihren Willen durchgesetzt. Zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter hat sich damals das "Österreichische Solidaritätskomitee" gegründet, weil der Widerstand gegen die Zusperrer und Sanierer im Interesse aller arbeitenden Menschen liegt und die Betroffenen nicht alleingelassen werden dürfen.

Wir sind ein Forum von Kolleginnen und Kollegen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen.

Das "Österreichische Solidaritätskomitee" erhält sich ausschließlich von Mitgliedsbeiträgen und von den Spenden seiner Aktivisten, Abonnenten und Unterstützer.

Ich möchte die ÖSK-Informationen "Solidarität – unsere Chance" beziehen:

- Ich will eine Probenummer testen.
- Ich bin an weiterem Infomaterial interessiert.
- Ich bin an Treffen interessiert.

Name: _____

Adresse: _____

Telefon: _____

e-mail: _____

136/18

Einsenden an:
Österreichisches Solidaritätskomitee, Stiftgasse 8,
1070 Wien, oesolkom@gmx.at

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion:
Österreichisches Solidaritätskomitee - Verein zur
Unterstützung der arbeitenden Menschen
Stiftgasse 8, 1070 Wien, ZVR 188951949

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift
„Solidarität unsere Chance“ ist zu 100 % das „Österreichische Solidaritätskomitee - Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen“, Stiftgasse 8, 1070 Wien.

Vorstand: W. Leisch, P. Düringer, H. Schmitz.
Die grundlegende Linie der periodischen Druckschrift ist die des obgenannten Vereins.

Die Regierung will die AUVA zerschlagen!

Die AUVA versichert die Risiken bei Ausbildung und Arbeit

Alle Arbeiterinnen, Angestellten, freie DienstnehmerInnen und geringfügig Beschäftigte sind unfallversichert. Den Beitrag zur Unfallversicherung zahlen die Unternehmer. Hintergrund: Wenn ein Unfall passiert, bezahlen die Unternehmen in Solidarhaftung die Rehabilitation, weil sie ja auch davon profitieren, nämlich z.B. in teure Ausbildung nicht nochmals investieren müssen. Die Gewährleistung des Haftungsausschlusses war eines der Gründungsmotive für die Unfallversicherung vor 130 Jahren. **Dieses „Haftungsprivileg“ schützt die Unternehmen vor hohen Kosten und Strafen und sichert den Betroffenen medizinische, berufliche und soziale Rehabilitation**, gemäß dem gesetzlichen Auftrag „mit allen geeigneten Mitteln“.

AUVA – alles aus einer Hand

Das Gesamtsystem aus den vier Säulen Prävention, Unfallheilbehandlung in eigenen Einrichtungen, Rehabilitation in eigenen Zentren und finanzielle Entschädigung sichert maximale Synergien durch interdisziplinäre Zusammenarbeit. Durch die Vernetzung aller Säulen der AUVA profitieren nicht nur die Verunfallten. Sie beugt auch Unfällen und Berufskrankheiten vor: **Präventionsmaßnahmen der AUVA haben einen maßgeblichen Anteil daran, dass die Anzahl der Arbeitsunfälle seit 1990 fast halbiert wurde!**

MitarbeiterInnen, UKH und REHA

Die AUVA hat fast 5 Millionen KundInnen und versorgt mehr als 350.000 Unfallopfer jährlich in Österreich mit top ausgebildetem und motiviertem Personal, in Summe rund 5.800 Beschäftigte.

Die Erfolge der Vergangenheit zeigen, dass volkswirtschaftlich gesehen die Strukturen der AUVA – etwa bei der Prävention der arbeitsbedingten Erkrankungen – ausgebaut werden sollten – nicht gekürzt oder zerschlagen, wie das jetzt das FPÖV-Regierungsprogramm im Auftrag der Industrie vorsieht.

Todesstoß für die AUVA – 40% weniger Einnahmen!

Laut Regierung soll der AUVA-Beitrag um 500 Mio. Euro im Jahr gesenkt werden, um die Wirtschaft zu entlasten („Lohnnebenkostensenkung“), uzv. von derzeit 1,3% auf 0,8% der Bruttolöhne. Sollte diese „Reform“ der AUVA bis Ende 2018 nicht gelingen, soll die AUVA aufgelöst und ihre Leistungen in die Kranken- oder Pensionsversicherung übergeführt werden. Dort würden dann die Kosten die Arbeiter- und Angestellten selbst bezahlen müssen.

Beitragssenkungen führen zu Leistungskürzungen (z.B. steigende Wartezeiten bei Operationen, MRI-Untersuchungen oder Therapien), da Leistungskürzungen im Dienstleistungsbereich Personalkürzungen sind. Auch der Einsatz von Fremdpersonal sowohl im Arbeiterbereich als auch bei zugekauften Leistungen in der Prävention ist **n i c h t** günstiger, bringt keine Kosteneinsparungen, wenn man den Gesamtnutzen in den Bereiche Patientensicherheit, Störungsfreiheit und Brandschutz betrachtet.

Die geforderten Beitragssenkungen führen zu einem Einnahmenschwund in Höhe von 500 Mio. Euro. Das ist weit mehr, als die AUVA gegenwärtig für alle ihre medizinischen Einrichtungen aufwendet (295 Mio. Euro). Der Nettoaufwand im Jahr 2016 für alle sieben Unfallkrankenhäuser (UKH) betrug 223 Mio. Euro, für alle vier

REHA-Zentren 62 Mio. Euro. Insgesamt übersteigt der Einnahmenschwund von 500 Mio. Euro auch den Aufwand für die Prävention und den Verwaltungsaufwand der AUVA.

Wer gewinnt, wer verliert?

Einer kleine Firmen, z.B. bei einem Angestellten mit 2 Kindern und einem monatlichen Bruttogehalt von 2.000 Euro würde die geplante Senkung des UV-Beitrages 10 Euro im Monat bringen. Anders schaut das bei den Großunternehmen aus. Zum Beispiel bei KTM. Deren Chef hat ja bekanntlich bei den letzten Wahlen der ÖVP 436.563 Euro gespendet. KTM hat in Österreich ca. 4.000 MitarbeiterInnen. Bei 30 Euro durchschnittlichem UV-Beitrag/Person/Monat erspart sich KTM bei einer Senkung des AUVA-UV-Beitrags von 1,3 auf 0,8% monatlich 48.000 Euro! Die KTM-Spende an die ÖVP rechnet sich also nur durch den UV-Beitrag nach 9 Monaten! Für die restlichen 51 Monate der auf 5 Jahre angelegten Regierungszeit von Schwarz-Blau hätte allein KTM einen AUVA-Gewinn von fast 2,5 Mio. Euro!

Gefahr für die Gesundheit der arbeitenden Menschen

Die Zerstörung der AUVA durch den angekündigten Mittelentzug würde buchstäblich eine Gefahr für die Gesundheit der arbeitenden Menschen sowie die Unfallopfer in Österreich bedeuten, so Rudolf Silvan, Vorsitzender des Landesstellenausschusses der AUVA-Landesstelle Wien, NÖ, Bgld.: „Wir dürfen es nicht zulassen, dass ArbeitnehmerInnen in diesem Land zukünftig eine schlechtere medizinische Betreuung erfahren!“

Quellen: AUVA ZBR, ÖVP-FPÖ-Regierungsprogramm, ÖGB/Solidarität, GPA-djp, Hauptverband der Sozialversicherungsträger, APA, Wifo.

Wo bleibt die aktive Zurückweisung der Angriffe auf die AUVA durch SPÖ, ÖGB, AK? Was geschieht mit den 5.800 Beschäftigten? Stillhalten ist die falsche Antwort!

Widerstand – jetzt!